



Österreichische Gesellschaft  
für Europapolitik

# Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

## Das Meinungsbild der Steirerinnen und Steirer

In Kooperation mit:



Unterstützt von:

**ZukunftsFonds**  
der Republik Österreich

Dezember 2021

# Inhalt

Einleitung	3
Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern	4
Umfrage Steiermark	5
Ergebnisse	6
Allgemeines Interesse an der Politik in der EU	6
Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte	6
Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die Steiermark	7
EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona	8
Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?	9
Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?	16
Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen	17
Bilder der EU-Zukunftstour in der Steiermark	19
Pressespiegel	20
Resümee	21

## Einleitung

2021/2022 werden in allen EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer **Konferenz zur Zukunft Europas** Debatten über die Neugestaltung der europäischen Integration organisiert. Beschlossen wurde dies schon im Juli 2019 im Zusammenhang mit der Wahl der von Ursula von der Leyen geführten Europäischen Kommission.<sup>1</sup> Unterschiedliche Auffassungen zwischen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen über den Zusammenhang zwischen den Wahlen zum Europäischen Parlament – an denen sich 2019 so viele Bürgerinnen und Bürger wie lange nicht beteiligt hatten – und der Besetzung der neuen Kommission sowie ihres politischen Programms führten dazu, dass Fragen der Demokratie, Legitimität und Effizienz der europäischen Entscheidungsverfahren jetzt einer umfassenden Revision unterzogen werden. Die Konferenz zur Zukunft Europas soll EuropäerInnen zusammenbringen und jungen Menschen, der Zivilgesellschaft und den europäischen Institutionen als gleichberechtigten Partnern eine starke Stimme geben, wenn es um die Weiterentwicklung Europas geht.

Seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Ende 2009 hat sich Europa und die Welt um Europa grundlegend verändert, weshalb eine erneute grundsätzliche Debatte um die Weiterentwicklung der EU notwendig erscheint: Die **globale Finanzkrise** hat ab 2010 die Verletzbarkeit der Europäischen Währungsunion, die unterschiedliche Wirtschaftskraft ihrer Mitgliedstaaten und das Fehlen einer stärkeren wirtschafts- und finanzpolitischen Zusammenarbeit schmerzlich vor Augen geführt. Der **Brexit-Prozess** hat gezeigt, dass die europäische Integration nicht selbstverständlich ist, sondern fundamental in Frage gestellt und sogar teilweise rückabgewickelt werden kann. Der **Klimawandel** und die damit einhergehende wirtschaftspolitische **Transformation** stellt die Union vor gänzlich neue Herausforderungen. Die **Präsidentchaftswahl in den USA 2016** war ein Weckruf für all diejenigen in Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in einer „Komfortzone“ unter dem sicherheitspolitischen Schutzschirm der USA eingerichtet hatten. Die Veränderung der Geopolitik durch **das wirtschaftliche Aufstreben Chinas** und **das Erstarken autoritärer Mächte in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas** verlangen von der EU stärkeres, robusteres und auch eigenständigeres Handeln in ihren Außenbeziehungen, wenn sie ihre Werte und Interessen in einer unsicherer gewordenen Welt verteidigen möchte. Schließlich hält die **Corona-Pandemie** mit all ihren Folgen die gesamte Welt und damit auch Europa seit dem Frühjahr 2020 in Atem.

Vor allem die Corona-Krise, aber auch erhebliche geopolitische Verschiebungen, haben die Debatte um die Zukunft Europas wiederbelebt und um zahlreiche Themen erweitert. Der strukturelle, wirtschaftliche und soziale Wandel, den unser Kontinent derzeit im Zusammenhang mit der Pandemie erlebt, geht weit über die ursprünglich im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas angedachten Reformen hinaus. Umso wichtiger ist es daher, gerade jetzt grundsätzlich über die Richtung zu diskutieren, welche die EU in den kommenden Jahren einschlagen soll; und angesichts der aktuellen politischen Lage auch sorgsam abzuwägen, ob eher institutionelle und kompetenzrechtliche Fragen im Mittelpunkt der Zukunftsdebatte stehen sollten; oder ob diese stattdessen verstärkt konkreten politischen Vorhaben (z. B. dem Grünen Deal, der Digitalisierung, der Europäischen Gesundheitsunion oder europaweit koordinierten Mindestarbeitsbedingungen) gewidmet sein sollte.

---

<sup>1</sup> Siehe: Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024, Von der Leyen, Ursula (2019).

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission\\_en\\_0.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission_en_0.pdf)

## Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern

Im Rahmen des Projekts „Die EU-Zukunftsdebatte in den österreichischen Bundesländern“, unterstützt durch den **Zukunftsfonds der Republik Österreich (Projektnummer: P21-4221)** erheben die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und die Europäische Kommission das Meinungsbild der Bevölkerung in den neun österreichischen Bundesländern.

Auf Basis eines standardisierten Fragebogens (umfassend je 7 Fragen + Statistik) soll Einblick in das Meinungsbild der Bevölkerung der einzelnen Bundesländer zu Themen der europäischen Zukunftsdebatte gewonnen werden. Durch die Standardisierung des Frageprogramms ist es möglich, die einzelnen Bundesländerergebnisse punktgenau zu vergleichen sowie eine für Österreich gültige Gesamtanalyse zu erstellen.

Die Umfragen werden in Form von **Online-Erhebungen** durchgeführt, wobei bei jeder Einzelumfrage **600 Personen** befragt werden. Die Umfragen werden von **market** ([www.market.at](http://www.market.at)) durchgeführt und sind repräsentativ für die Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes nach Alter (16 bis 79 Jahre), Geschlecht, Region und Bildung.

Das Frageprogramm umfasst die Einstellung der Bevölkerung zu folgenden Themenbereichen:

- Allgemeines Interesse an der Politik in der EU
- Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte
- Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die Steiermark
- EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona
- Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?
- Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?
- Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

## Umfrage Steiermark

Die **Umfrage** im Bundesland Steiermark wurde vom **8. bis 20. Juni 2021** durchgeführt. 600 Personen (repräsentativ für die steirische Bevölkerung im Alter von 16 bis 79 Jahre, Geschlecht, Region und Bildung) wurden online von market befragt.

Die Umfrage wurde im Rahmen einer **EU-Zukunftstour** von Europäischer Kommission und Österreichischer Gesellschaft für Europapolitik präsentiert.<sup>2</sup> Im Rahmen der Tour, die im Sommer/Herbst 2021 durch alle Bundesländer führen wird, waren Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, und Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), von 28. bis 30. Juni 2021 mit der Bahn und dem Fahrrad durch die Steiermark unterwegs, um das Gespräch über Europa zu suchen.<sup>3</sup>

Rund um die Präsentation der Umfrage fand auf **ORF Steiermark (Radio und TV)** am 28. Juni eine **Diskussionsrunde** statt, an der neben Martin Selmayr und Paul Schmidt auch Landeshauptmann **Hermann Schützenhöfer**, Landeshauptmann-Stellvertreter **Anton Lang** und **Simone Schmiedtbauer** (Mitglied des Europäischen Parlaments) teilnahmen. Moderiert wurde die Debatte von Wolfgang Schaller (Chefredakteur von ORF Steiermark).<sup>4</sup>



© Screenshot ORF Steiermark

<sup>2</sup> Siehe: Europa im Gespräch. Auf EU-Zukunftstour durch Österreich. <https://bit.ly/3H4RtEW>

<sup>3</sup> Siehe: Mehrheit der Steirer sieht EU-Mitgliedschaft auch in Corona-Zeiten positiv (APA-OTS, 2. Juli 2021) <https://bit.ly/3kBWQU0>

<sup>4</sup> Siehe: Debatte zur Zukunft Europas (ORF Steiermark, 28. Juni 2021) <https://www.youtube.com/watch?v=OctbdjSmhsk>

## Ergebnisse

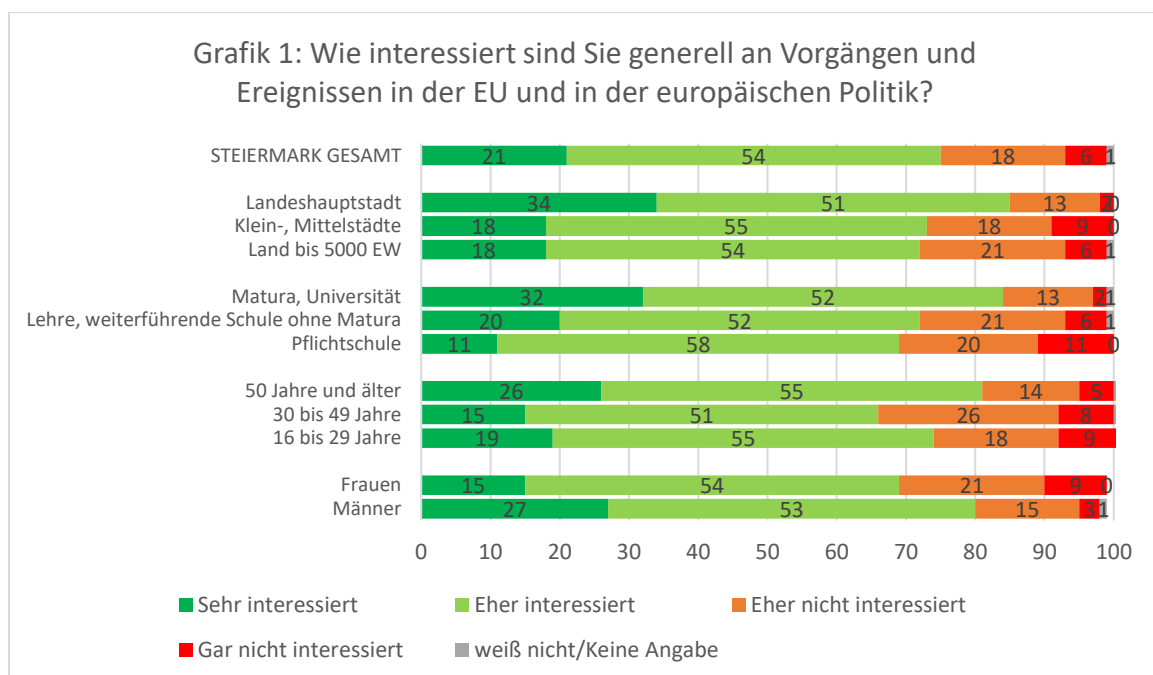
### Allgemeines Interesse an der Politik in der EU

Drei Viertel der befragten Steirerinnen und Steirer zeigen sich in der aktuellen Umfrage an „**Vorgängen und Ereignissen in der Europäischen Union und der europäischen Politik interessiert**“, davon 21 Prozent „sehr“ und 54 Prozent „eher“. Etwa ein Viertel hat daran dagegen „eher nicht“ (18 Prozent) oder „gar nicht“ (6 Prozent) Interesse.

EinwohnerInnen der Landeshauptstadt Graz zeigen mit 85 Prozent („sehr“ bzw. „eher“) das stärkste Interesse am europapolitischen Geschehen, in kleineren Städten und Gemeinden sind aber auch drei Viertel der Befragten interessiert.

Mit höherem schulischen Ausbildungsgrad wird auch das politische Geschehen auf europäischer Ebene mit höherem Interesse verfolgt. Ebenfalls überdurchschnittliches Interesse ist in der Altersgruppe 50+ sowie bei Männern festzustellen.

Am wenigsten interessiert die europäische Politik in der Altersgruppe der 30 bis 49-Jährigen, wo sich 34 Prozent „eher nicht“ oder „gar nicht“ interessiert zeigen. Auch Befragte mit Pflichtschulabschluss ohne weitere Ausbildung (31 Prozent) sowie Frauen (30 Prozent) haben vergleichsweise weniger Interesse.



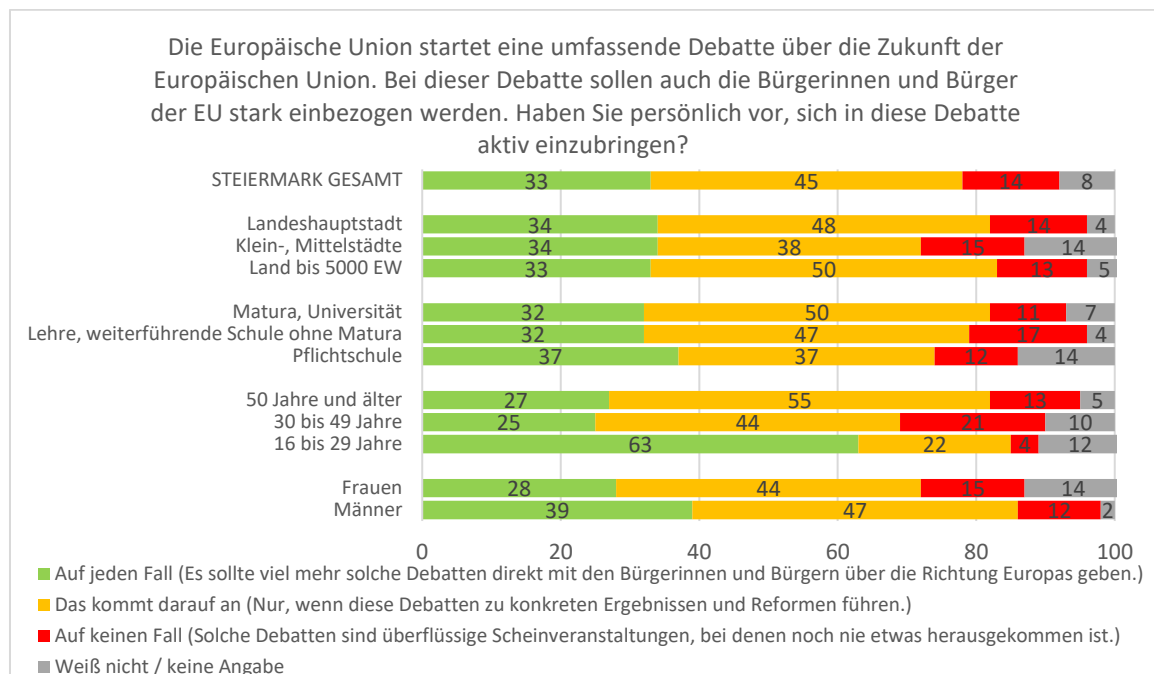
### Persönliches Engagement in der EU-Zukunftsdebatte

Ein Drittel der Befragten SteirerInnen gibt an, sich „**auf jeden Fall**“ an der im Mai 2021 gestarteten Debatte zur Zukunft der Europäischen Union beteiligen zu wollen und stimmen der Aussage zu, dass es „viel mehr Debatten mit den BürgerInnen über die Richtung Europas geben sollte“. 45 Prozent antworten, dass sie sich eine Beteiligung an der Zukunftsdebatte vorstellen könnten, „**wenn diese zu**

**konkreten Reformen und Ergebnissen führen würde“.** Etwas mehr als ein Zehntel der Befragten (14 Prozent) ist hingegen skeptisch und hält die Zukunftsdiskussion für eine „überflüssige Scheindebatte, bei der nichts herauskommen wird.“ Weitere 8 Prozent antworten „weiß nicht“ oder machen keine Angabe.

Die Bereitschaft, sich „auf jeden Fall“ an der EU-Zukunftsdebatte zu beteiligen, ist mit Abstand am stärksten in der Gruppe der 16 bis 29-Jährigen, in der fast zwei Drittel (63 Prozent) ihr Engagement ankündigen. In allen übrigen Befragungsgruppen äußert sich etwa ein Drittel in diesem Sinne, wobei Männer mit 39 Prozent sich etwas vom durchschnittlichen Meinungsbild abheben.

Generell ist die Zahl jener, die die Zukunftsdebatte als überflüssig betrachten, recht gering. Am skeptischsten zeigen sich SteirerInnen in der Altersgruppe 30 bis 49 Jahre sowie Personen mit Lehre oder weiterführender Schule ohne Matura (17 Prozent).



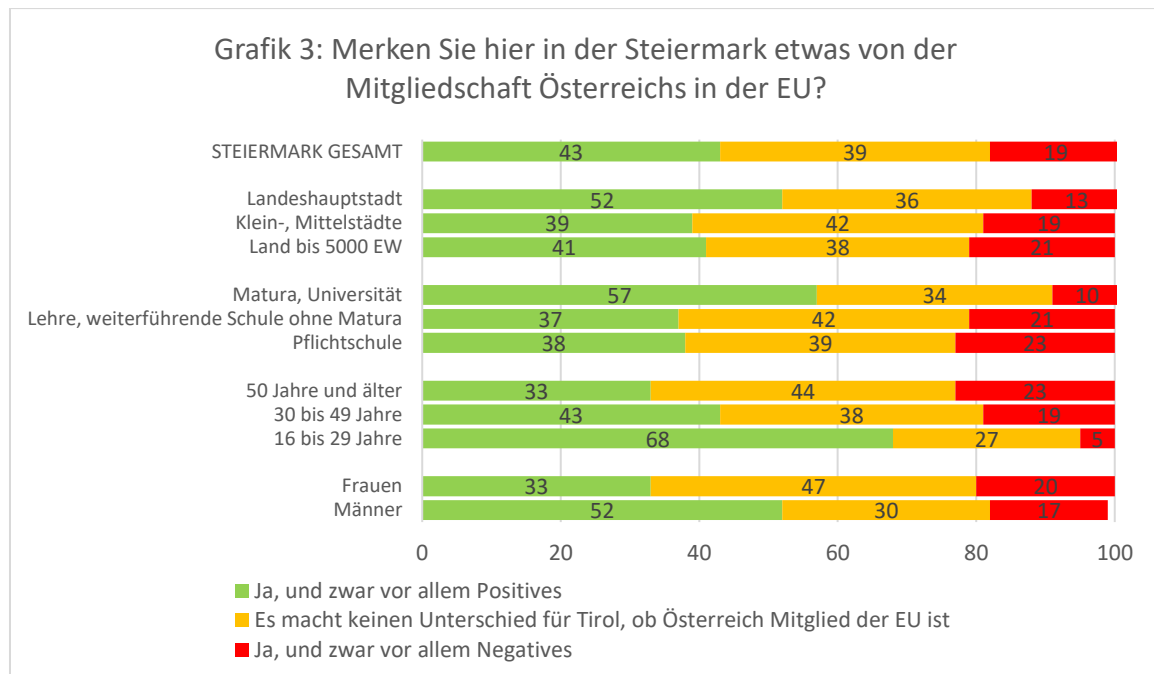
## Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die Steiermark

Wenn es um die **Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die Steiermark** geht, so erweist sich das Meinungsbild ambivalent. 43 Prozent antworten, dass sie durch die EU-Mitgliedschaft in der Steiermark vor allem Positives bemerken, 19 Prozent sehen jedoch das Negative überwiegen. Knapp vier von zehn Befragten (39 Prozent) sagen, „es macht keinen Unterschied für die Steiermark, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht“.

**Je jünger die Befragten sind, desto eher verbinden sie die Mitgliedschaft mit positiven Assoziationen:** 68 Prozent der 16 bis 29-Jährigen äußern sich in diesem Sinne, in der Gruppe der 30 bis 49-Jährigen sind es 43 Prozent, bei SteirerInnen ab 50 nur mehr ein Drittel. Nur 5 Prozent der jüngsten Befragten sehen in der EU-Mitgliedschaft als etwas Negatives für die Steiermark.

Überdurchschnittlich positiv bilanzieren auch Personen mit Universitätsabschluss/Matura (57 Prozent), Männer und GrazerInnen (je 52 Prozent).

Für 23 Prozent der Befragten mit Pflichtschulabschluss und der über 50-Jährigen macht sich die EU-Mitgliedschaft in der Steiermark vor allem negativ bemerkbar.



## EU-Mitgliedschaft in Zeiten von Corona

Knapp die Hälfte der Befragten (48 Prozent) ist der Ansicht, dass es „in Zeiten der Corona-Pandemie für Österreich ein Vorteil ist, Mitglied der EU zu sein“. Für 22 Prozent ist es eher ein Nachteil, für ebenso viele „macht es keinen Unterschied“ (8 Prozent „weiß nicht/Keine Angabe“).

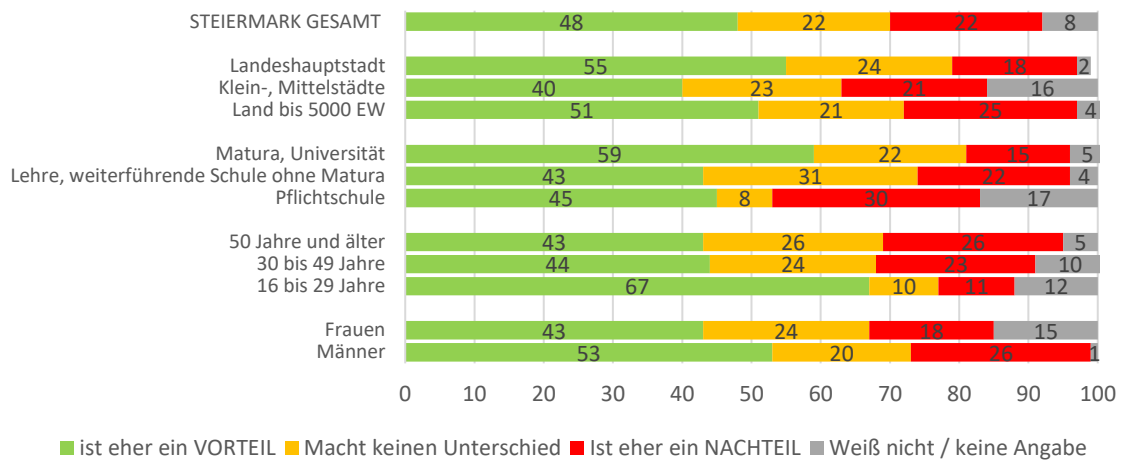
Diese Ansicht wird von zwei Drittel der 16 bis 29-Jährigen vertreten (67 Prozent), in anderen Altersgruppen sind etwas mehr als vier von zehn Befragten dieser Meinung. Dass die EU-Mitgliedschaft in Corona-Zeiten ein Vorteil für Österreich ist, sagen auch 59 Prozent der Personen mit Uniabschluss oder Matura, 55 Prozent der GrazerInnen und 53 Prozent der Männer.

Am skeptischsten zeigen sich hingegen Personen mit Pflichtschulabschluss (30 Prozent), die Altersgruppe ab 50 sowie wiederum Männer, die zu je 26 Prozent die Mitgliedschaft in Pandemie-Zeiten als Nachteil empfinden.

Weiblichen Befragte, SteirerInnen aus kleinen und mittelgroßen Städten und Frauen fällt es etwas schwerer, zu einer Einschätzung zu kommen.



Grafik 4: Ist es für Österreich in Zeiten der Corona-Pandemie Ihrer Meinung nach eher ein Vorteil, dass unser Land Mitglied der Europäischen Union ist, ist es eher ein Nachteil oder macht es im Großen und Ganzen keinen Unterschied?



## Welche Themen sind für die EU am dringlichsten?

Die SteirerInnen halten es aktuell für die wichtigste Aufgabe der EU, eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik zu schaffen, die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern, sich für Klima- und Umweltschutz einzusetzen und die Folgen der Corona-Pandemie zu einzudämmen.

### Einheitliche EU-Migrations- und Asylpolitik

Für 59 Prozent der SteirerInnen ist „eine gemeinsame EU-Asyl und Migrationspolitik“ ganz oben auf der Prioritätenskala, für 26 Prozent hat sie „mittlere Priorität“. Nur 10 Prozent ist dieser Themenbereich weniger wichtig („niedrige Priorität“). 5 Prozent nehmen nicht Stellung.

Diesem Thema wird mit höherem Alter zunehmende Bedeutung zugemessen: So hat es für 66 Prozent der über 50-Jährigen „hohe Priorität“, bei den 30 bis 49-Jährigen sinkt der Wert auf 56 Prozent, in der Altersgruppe 16 bis 29 liegt er bei 46 Prozent.

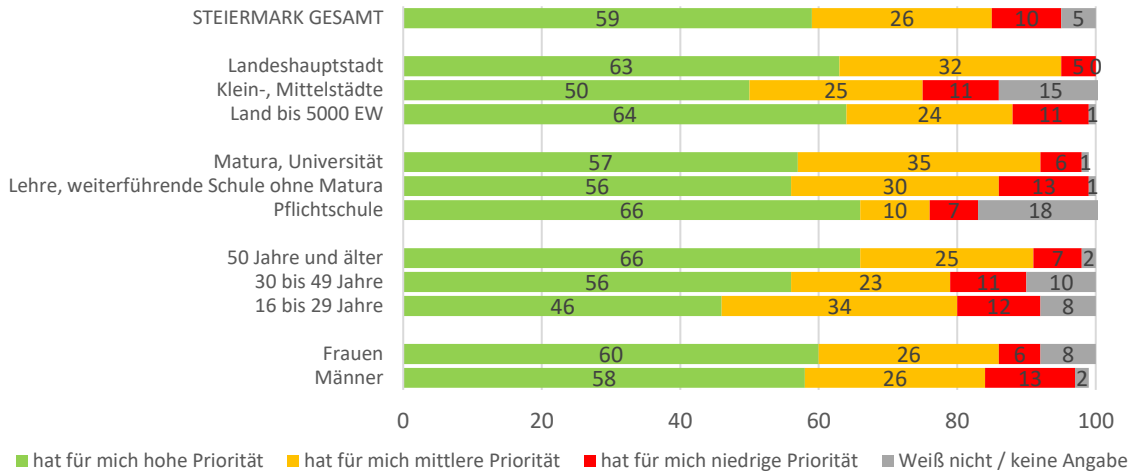
Zwei Drittel der Befragten mit Pflichtschulabschluss geben an, dass eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik für die EU an erster Stelle stehen sollte, in den anderen Ausbildungsgruppen teilen etwas über die Hälfte diese Auffassung.

BewohnerInnen der Landeshauptstadt Graz sowie SteirerInnen in Kleingemeinden sehen einen gemeinsamen Ansatz bei Asyl- und Migration zu knapp zwei Drittel als vordringlich an, in kleinen und mittelgroßen Städten sind es 50 Prozent.

Keine relevanten Unterschiede im Meinungsbild gibt es in dieser Frage bei Männern und Frauen.

Grafik 5: Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

**EINE EINHEITLICHE EU-MIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK**



**Klima- und Umweltschutz**

Auch der „Klima- und Umweltschutz“ steht für die Steirerinnen und Steirer ganz oben auf der To-Liste der EU: Für sechs von zehn Befragten (59 Prozent) hat das Thema „hohe Priorität“, für ein knappes Viertel (24 Prozent) „mittlere“. Die Zahl jener, die diesen Punkt eher nachrangig behandelt haben möchten, liegt bei 12 Prozent. 6 Prozent beantworten diese Frage nicht.

Dass sich die EU vor allem dem Klimathema annehmen sollte, wird mit höherem schulischen Ausbildungsgrad stärker vertreten. Sieben von zehn Befragten in der Gruppe der UniversitätsabsolventInnen und jenen mit Matura sind dieser Ansicht, bei den SteirerInnen mit Pflichtschulabschluss sind es nur vier von zehn.

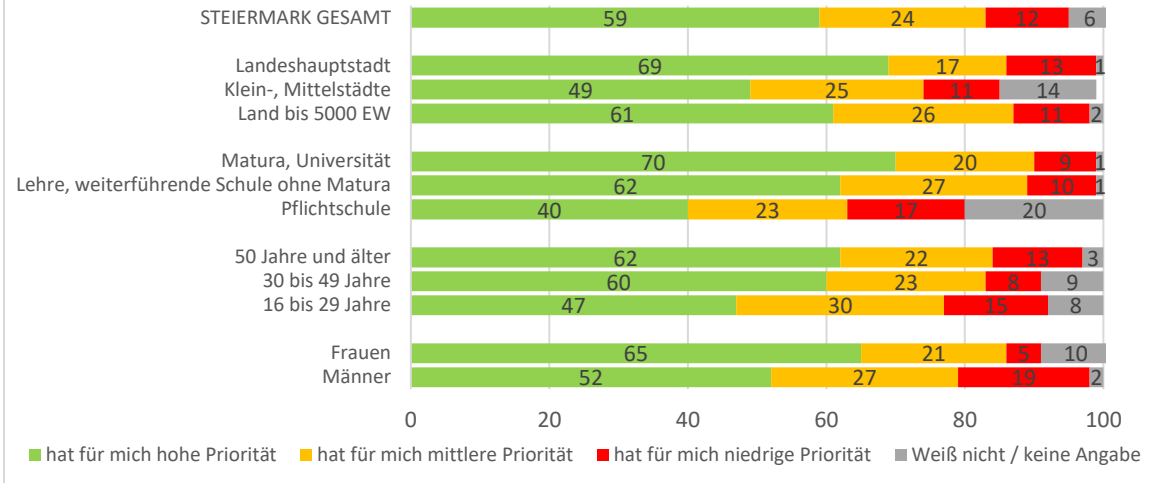
69 Prozent der GrazerInnen und 61 Prozent der SteirerInnen in Gemeinden bis 5000 EinwohnerInnen möchten, dass Klima- und Umweltschutz von der EU vordringlich behandelt wird. In kleinen und mittelgroßen Städten sind es nur 49 Prozent.

Frauen ist dieses Thema wichtiger als Männern: 65 Prozent der weiblichen Befragten sehen es als Top-Priorität, bei den männlichen Befragten schließen sich nur 52 Prozent dieser Meinung an.

Interessanterweise meinen die Altersgruppen ab 30 häufiger als die 16 bis 29-Jährigen, dass Klima- und Umweltschutz ganz oben auf der EU-Agenda stehen sollte.

Grafik 6: Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

**KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ**



**Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen**

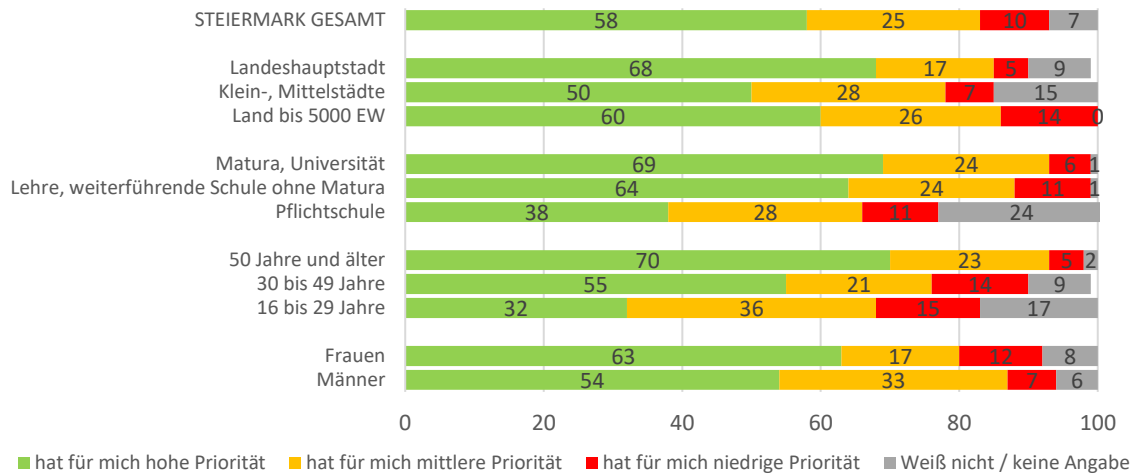
In fast ebenso hohem Ausmaß wird der **Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen** als Thema betrachtet, dem sich die EU verstärkt widmen soll. 58 Prozent sagen, es sollte „hohe Priorität“ haben, 25 Prozent „mittlere“. Für ein Zehntel hat die Bewältigung der Pandemie „niedrige Priorität“. 7 Prozent äußern sich nicht dazu.

Mit höherem Alter und höherem schulischen Ausbildungsgrad wird dem Kampf gegen die Auswirkungen der Pandemie deutlich mehr Wichtigkeit zugemessen. Während 69 Prozent der Befragten mit Matura/Universitätsabschluss diesen als vordringlich erachten, sind es unter der PflichtschulabsolventInnen nur 38 Prozent, die diese Meinung teilen. In dieser Gruppe kann ein Viertel zu dieser Frage nicht Stellung beziehen. 70 Prozent der Personen ab 50 Jahre sehen im Kampf gegen Corona eine Top-Priorität der EU, bei den 30 bis 49-Jährigen sind es 55 Prozent, bei den 16 bis 29-Jährigen hingegen nur 32 Prozent.

63 Prozent der Frauen, aber nur 54 Prozent der Männer möchten, dass sich die EU dieser Herausforderung als allererstes stellt.

Grafik 7: Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

**EINDÄMMUNG DER CORONA-PANDEMIE UND IHRER FOLGEN**



**Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich**

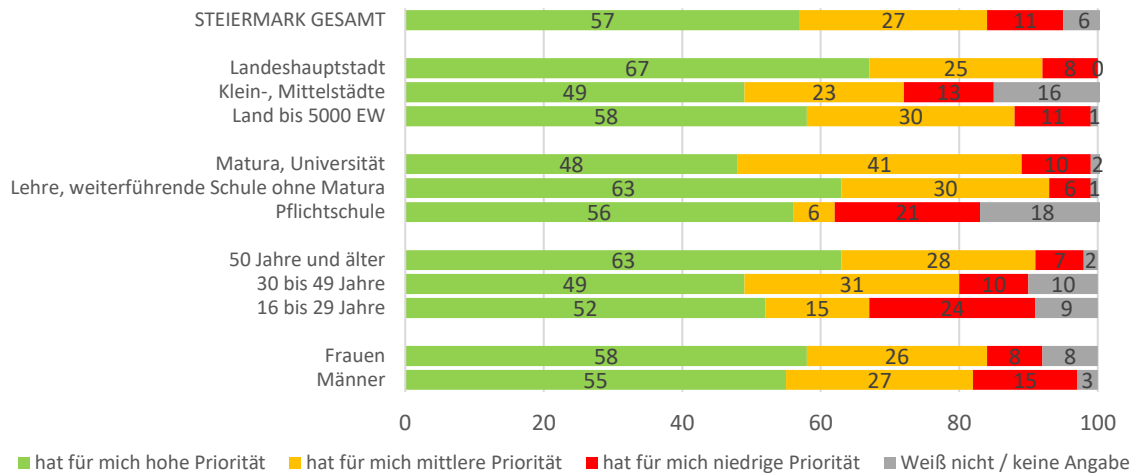
Für 57 Prozent der Steirer\*innen hat es „hohe Priorität“, dass sich die EU darum kümmert, die **„Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern“**. Für 27 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“, für 11 Prozent „niedrige“. 6 Prozent antworten „weiß nicht“ oder machen keine Angabe.

Die Verringerung der sozialen Schere als Tätigkeitsfeld der EU ist in erster Linie BewohnerInnen der Landeshauptstadt (67 Prozent), Personen ab 50 und Befragten mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura (je 63 Prozent) ein besonderes Anliegen.

Jene Befragungsgruppe, die dies noch am ehesten als „niedrige Priorität“ für die Union ansieht, ist die Altersgruppe von 16 bis 29 Jahren (24 Prozent). AbsolventInnen einer Pflichtschule äußern sich ähnlich (21 Prozent), weitere 18 Prozent können jedoch zu dieser Frage keine Stellung beziehen.

Grafik 8: Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

**DIE KLUFT ZWISCHEN ARM UND REICH VERRINGERN**



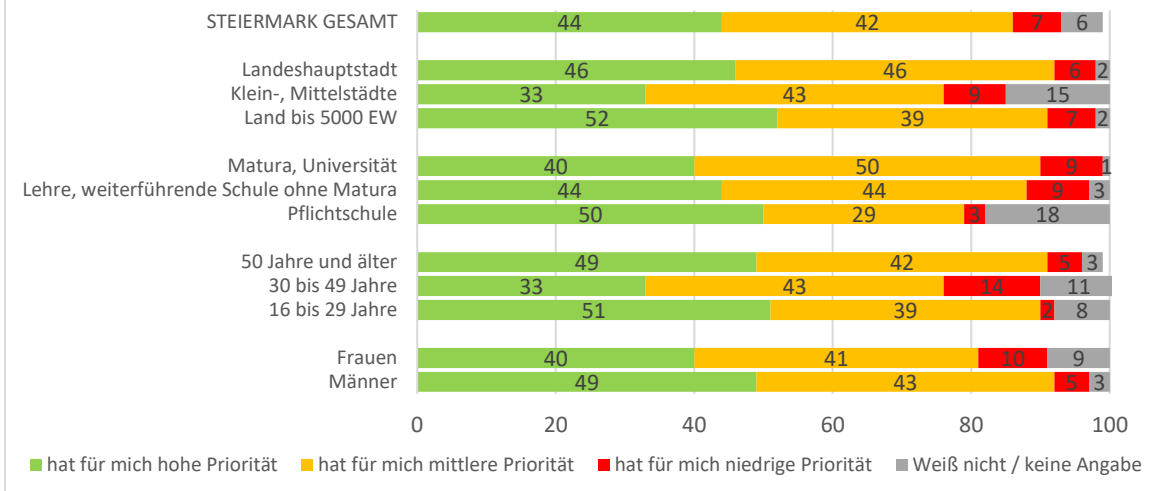
**Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene**

44 Prozent der Steierinnen und Steirer ist „die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene“ ein besonders starkes Anliegen, dem sich die Europäische Union in Zukunft annehmen sollte. Für weitere 42 Prozent hat dieses Thema „mittlere“ Priorität. 7 Prozent sehen mehr Demokratie in der EU als weniger dringlich an, 6 Prozent geben keine Stellungnahme ab.

Dass mehr Demokratie in der EU vordringlich angestrebt werden sollte, wird von den ältesten wie jüngsten Altersgruppen stärker eingemahnt. Personen mit Pflichtschulausbildung fordern dies häufiger als andere Ausbildungsgruppen. Auch SteirerInnen in ländlichen Gemeinden ist dies im Vergleich ein besonders wichtiger Punkt.

Grafik 9: Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

**STÄRKUNG DER DEMOKRATIE AUF EU-EBENE**



**Stärkung der Rolle der Regionen in der EU**

Für 34 Prozent der befragten Steirerinnen und Steirer wäre es sehr dringlich, **„die Rolle der Regionen in der EU zu stärken“**. 39 Prozent meinen, dass dieses Thema für sie „mittlere Priorität“ hat, für 19 Prozent steht es nicht an vorderster Stelle jener Bereiche, welche die Union unmittelbar angehen soll. 8 Prozent können oder wollen diesen Punkt nicht beantworten.

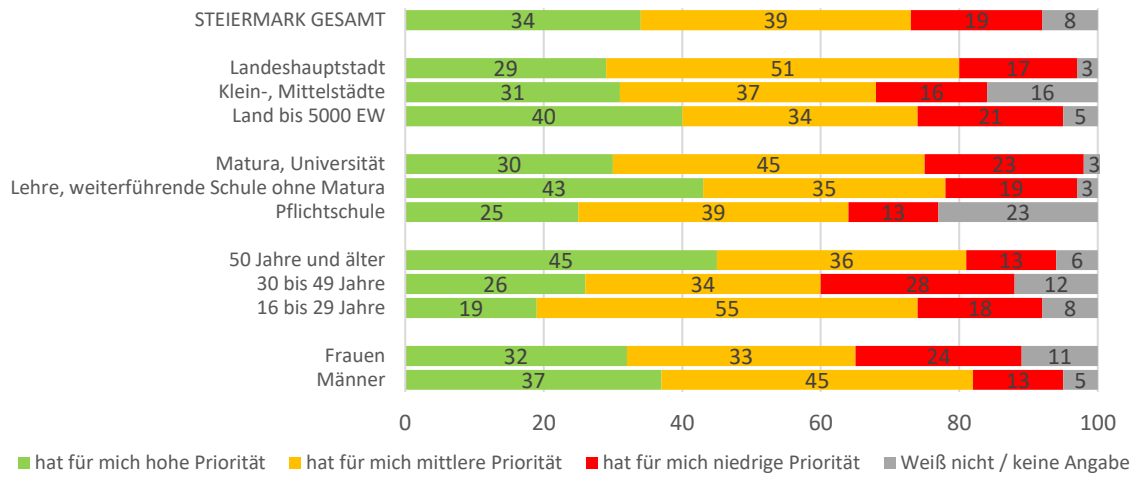
Eine Stärkung der Regionen in der EU wird von älteren Befragungsgruppen als dringlicher erachtet als von jungen – 45 Prozent der über 50-Jährigen nennen diesen Punkt, jedoch nur 26 Prozent der 30 bis 49-Jährigen und 19 Prozent der 16 bis 29-Jährigen. In der mittleren Altersgruppe geben fast drei von zehn Befragten diesem Thema nur „niedrige Priorität“.

40 Prozent der SteirerInnen in ländlichen Gemeinden wünschen sich, dass die Regionen in der EU gestärkt werden, in größeren Gemeinden und Städten sind es um 10 Prozentpunkte weniger, die diesen Punkt als dringlich einstufen.

Befragte mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura sehen zu 43 Prozent eine Aufwertung der Regionen ganz oben auf der Aufgabenliste der EU, bei Personen mit Matura/Uniabschluss sind es 30 Prozent, bei PflichtschulabsolventInnen 25 Prozent. In der letztgenannten Gruppe ist sich ein Viertel der Befragten einer Antwort unsicher.

Grafik 10: Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

**DIE ROLLE DER REGIONEN IN DER EU STÄRKEN**



**Stärkung der globalen Rolle der EU**

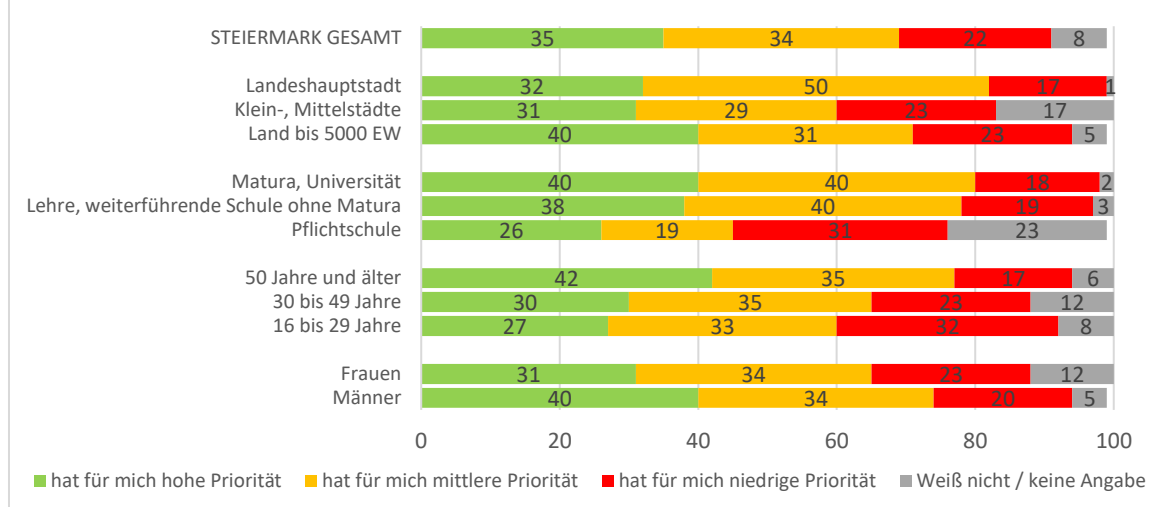
Die „**Stärkung der globalen Rolle der EU**“ wird von den SteirerInnen am seltensten genannt. Für 35 Prozent hat dieser Bereich „hohe Priorität“, für 34 Prozent „mittlere“. 22 Prozent sagen jedoch, dass eine stärkere EU auf der Weltbühne ein Thema ist, das sich für die EU eher nachrangig stellt. 8 Prozent äußern sich wiederum nicht.

Für Befragte ab 50 Jahre (42 Prozent), Männer, Personen mit Matura oder Universitätsausbildung und SteirerInnen in ländlichen Gemeinden (je 40 Prozent) hat dieser Bereich am häufigsten „hohe Priorität“.

Für weniger wichtig („niedrige Priorität“) halten eine Stärkung der Europäischen Union auf der Weltbühne die 16 bis 29-Jährigen (32 Prozent) sowie Personen mit Pflichtschulabschluss (31 Prozent), die sich auch zu weiteren 23 Prozent diese Frage nicht beantworten können.

Grafik 11: Welche der folgenden Themen sind für die EU, Ihrer Meinung nach, am dringlichsten? Bitte sagen Sie mir jeweils, ob die folgenden Bereiche eine hohe, mittlere oder niedrige Priorität für Sie haben?

### DIE GLOBALE ROLLE DER EU STÄRKEN



### Mehr Entscheidungen auf europäischer oder nationaler Ebene?

54 Prozent der Steirerinnen und Steirer glauben, dass es „**mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene**“ braucht, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. 34 Prozent vertreten die Ansicht, dass in Zukunft die „**EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden**“ sollten. 12 Prozent nehmen zu dieser Frage nicht Stellung.

Die größten BefürworterInnen eines stärkeren gemeinsamen Handelns auf europäischer Ebene finden sich in der Landeshauptstadt Graz: 68 Prozent plädieren dafür, während sich 28 Prozent für häufigere Entscheidungen durch die Mitgliedstaaten aussprechen.

Mit höherem schulischen Ausbildungsgrad wird ein Mehr an gemeinsamen Entscheidungen auf EU-Ebene stärker favorisiert: 63 Prozent der Befragten mit Matura/Uniabschluss treten dafür ein, hingegen nur 53 Prozent der Personen mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura und 47 Prozent der PflichtschulabsolventInnen.

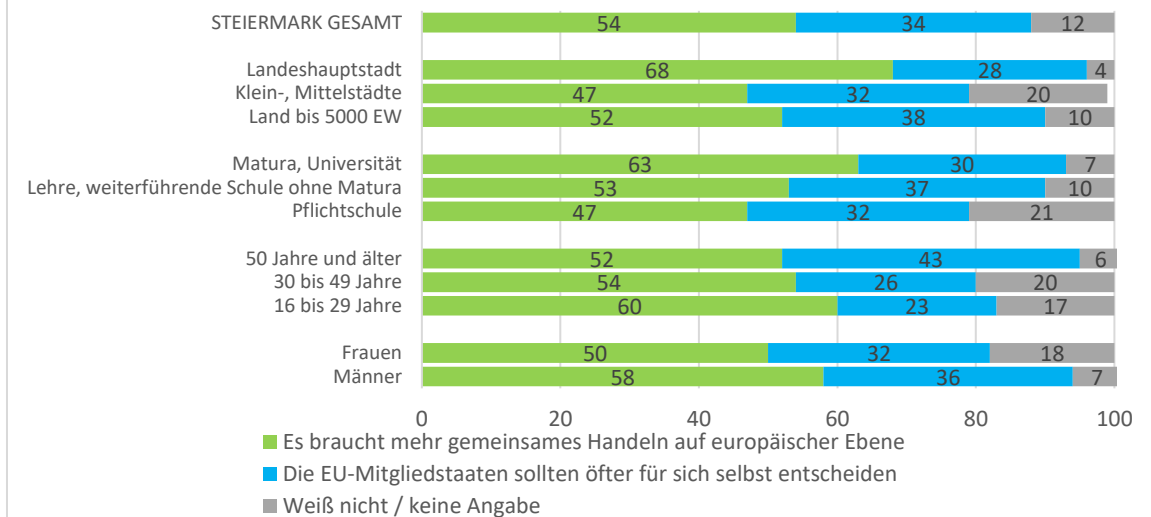
Jüngere Befragte treten etwas stärker für gemeinsame europäische Handlungen ein als ältere, Männer in etwas größerem Ausmaß als Frauen.

Dass die EU-Mitgliedstaaten künftig öfter für sich selbst entscheiden sollten, wird am häufigsten von Personen ab 50 Jahren genannt (43 Prozent), ebenso von SteirerInnen in ländlichen Gemeinden (38 Prozent), Befragten mit Lehrabschluss (37 Prozent) und Männern (36 Prozent).

Ein Viertel der Befragten mit Pflichtschulabschluss und in der Altersgruppe von 30 bis 49 Jahren kann diese Frage nicht beantworten.



Grafik 12: Wenn Sie an die Herausforderungen denken, denen die EU und Österreich gegenüberstehen. Braucht es Ihrer Meinung nach eher mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene oder sollten die EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden?



## Vertrauen in politische EntscheidungsträgerInnen

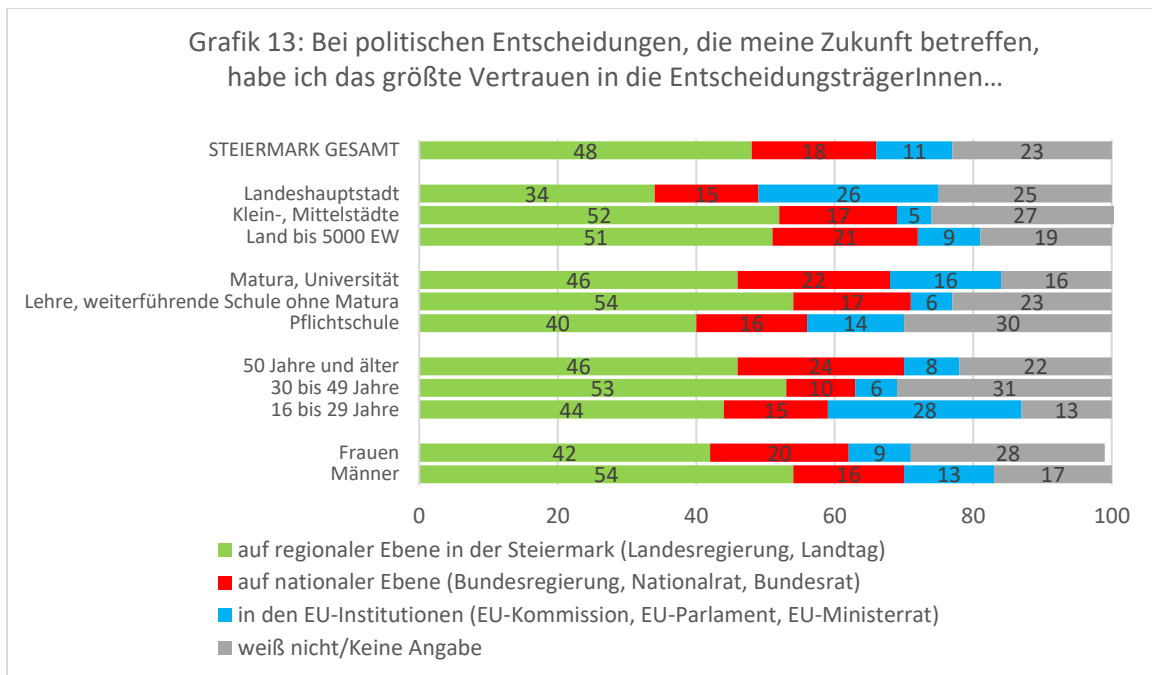
Wenn es um Entscheidungen geht, die die persönliche Zukunft betreffen, hat etwas mehr als die Hälfte der Steirerinnen und Steirer (48 Prozent) das größte Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen auf **regionaler Ebene** (also in Landesregierung und Landtag), 18 Prozent geben in dieser Frage die **nationale Ebene** an (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 11 Prozent nennen die **EU-Institutionen** (EU-Kommission, EU-Parlament, EU-Ministerrat). Fast ein Viertel der Befragten (23 Prozent) kann oder will zu diesem Punkt jedoch nicht Stellung beziehen.

Am stärksten ausgeprägt ist das Vertrauen in **regionale Entscheidungsstrukturen** bei männlichen Befragten und Personen mit Lehre/weiterführender Schule ohne Matura (je 54 Prozent), in der Altersgruppe 30 bis 49 Jahre (53 Prozent) sowie in kleinen bzw. mittelgroßen Städten und Landgemeinden (52 bzw. 51 Prozent).

Das höchste Vertrauen in EntscheidungsträgerInnen **im Bund** findet sich bei den Personen ab 50 Jahre (24 Prozent) sowie bei Personen mit Matura/Universitätsabschluss (22 Prozent). Die Unterschiede zu anderen Befragungsgruppen sind jedoch sehr gering.

Der höchste Vertrauenswert in die **EU-Institutionen** ist dagegen eindeutig bei den 16 bis 29-Jährigen zu finden. 28 Prozent geben an, dass sie bei Entscheidungen, die ihr persönliches Leben betreffen, das höchste Vertrauen in EU-Kommission, Parlament und Ministerrat haben, für Grazerinnen und Grazer gilt dies zu 26 Prozent.

Vielen Befragten fiel es schwer, sich in dieser Frage zu entscheiden – so besonders den PflichtschulabsolventInnen, der Altersgruppe 30 bis 49, Frauen sowie Steirerinnen und Steirern, die in kleinen und mittelgroßen Städten wohnen.



Bilder der EU-Zukunftstour in der Steiermark



© Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

## Pressespiegel

Mehrheit der Steirer sieht EU-Mitgliedschaft auch in Corona-Zeiten positiv (APA-OTS, 2. Juli 2021)  
[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210702\\_OTS0100/mehrheit-der-steirer-sieht-eu-mitgliedschaft-auch-in-corona-zeiten-positiv-bild](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210702_OTS0100/mehrheit-der-steirer-sieht-eu-mitgliedschaft-auch-in-corona-zeiten-positiv-bild)

Debatte zur Zukunft Europas (ORF Steiermark, 28. Juni 2021)  
<https://steiermark.orf.at/stories/3110028/>  
<https://www.youtube.com/watch?v=e69cTyJF9k>

Studie: Steirer mit EU zufrieden (ORF Steiermark, 29. Juni 2021)  
<https://steiermark.orf.at/stories/3110454/>

Selmayr auf Steiermark-Tour (ORF Steiermark, 30. Juni 2021)  
<https://tvthek.orf.at/profile/Steiermark-heute/70020/Steiermark-heute/14097371/Selmayr-auf-Steiermark-Tour/14950706>

Erkundungstour - Die EU und der Wolf (Kleine Zeitung, 29. Juni 2021)  
[https://www.kleinezeitung.at/steiermark/ennstal/6000763/Erkundungstour\\_Die-EU-und-der-Wolf](https://www.kleinezeitung.at/steiermark/ennstal/6000763/Erkundungstour_Die-EU-und-der-Wolf)

EU-Zukunftsdebatte – Europa regional mehr spüren (Kleine Zeitung, 2. Juli 2021)  
[https://www.kleinezeitung.at/meinung/6002811/EUZukunftstour\\_Europa-regional-mehr-spueren](https://www.kleinezeitung.at/meinung/6002811/EUZukunftstour_Europa-regional-mehr-spueren)

Grenztisch - Mit Vertreter\_Innen aus der Steiermark und aus Slowenien (Radio Agora 105.5, 9. Juli 2021)  
<https://www.agora.at/news/detail/grenztisch1>

## Resümee

Die Steirerinnen und Steirer können der EU-Mitgliedschaft auch in Krisenzeiten einiges abgewinnen: 43 Prozent der Befragten geben an, dass sie vor allem Positives bemerken, für 19 Prozent überwiegt das Negative. Knapp vier von zehn Befragten (39 Prozent) sagen, „es macht keinen Unterschied für die Steiermark, ob Österreich Mitglied der EU ist oder nicht“. Fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent) ist der Ansicht, dass es „in Zeiten der Corona-Pandemie für Österreich ein Vorteil ist, Mitglied der EU zu sein“. Für 22 Prozent ist es eher ein Nachteil, für ebenso viele „macht es keinen Unterschied“.

Das relativ positive Stimmungsbild hänge sicher auch damit zusammen, „dass die Europäische Union in der Steiermark sehr spürbar ist, zum Beispiel in der Forschung. Die Steiermark ist mit einer Forschungsquote von rund 5 % der Wirtschaftsleistung unter den führenden Regionen in Europa. EU-Gelder werden in der Steiermark in weltweit erfolgreiche Forschung umgemünzt. Diese ermöglicht es uns, Helikopter auf dem Mars fliegen zu lassen, und wird es eines Tages erlauben, Autos zu produzieren, die um die Ecke blicken können“, sagt Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission. „Auch der Grüne Deal, der Europa bis spätestens 2050 klimaneutral machen soll, bietet immense Chancen für das „grüne Herz“ Österreichs, das auch bei Energie- und Umwelttechnik in der obersten Liga spielt.“ Selmayr und ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt haben bei ihrer Steiermark-Tour auch bei der Technischen Universität in Graz Station gemacht. Zuvor waren sie mit organisatorischer Unterstützung von EUROPE DIRECT in der Ober- und Südsteiermark unterwegs. Am Programm standen unter anderem Gespräche mit Schülerinnen und Schülern, Lehrenden, Kulturschaffenden und Wirtschaftstreibenden, eine Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Arnfels, ein Austausch am „Grenztisch“ mit Anrainern der Grenzregionen und eine Wanderung mit jungen Menschen.

„Es gibt neben einer relativ positiven Grundstimmung zur EU in der Steiermark aber auch eine große Unsicherheit bei den Menschen. Wenn 39 Prozent der Steirerinnen und Steirer sagen, es mache für sie keinen Unterschied, ob Österreich in der EU ist oder nicht, dann zeigt dies die Verantwortung aller regionalen und lokalen Entscheidungsträger, im Alltag gelegentlich darauf hinzuweisen, dass ein Forschungsprojekt, eine Markthalle oder eine Solaranlage ganz wesentlich mit EU-Mitteln zustande gekommen ist“, resümiert Selmayr. „Es ist gut, dass die neue Europa-Strategie des Landes Steiermark darauf jetzt verstärkt Wert legt.“

Schmidt betont: „Interesse, aber auch Kritik an Europa sind in der Steiermark vorhanden. Umso wichtiger ist es, gerade jetzt die faktenbasierte Kommunikation und den Dialog über europäische Zusammenhänge vor Ort zu verstärken und gemeinsam nach Lösungen für die Herausforderungen zu suchen, mit denen die Menschen konfrontiert sind. Die EU-Zukunftsdebatte kommt hier zur rechten Zeit. Die Steirerinnen und Steirer machen auch deutlich, welche Themen ihnen besonders wichtig sind: Von der Einigung auf eine einheitliche Linie bei Asyl- und Migration über Klimaschutz und soziale Fragen, die Corona-Bekämpfung, bis zur Stärkung der Demokratie auf europäischer Ebene. Damit die großen Zukunftsfragen aber auch nachhaltig angegangen werden können, braucht es – so die Mehrheit der Befragten – mehr gemeinsames europäisches Handeln. Gelingt dies und passen die Ergebnisse, wird auch das Vertrauen in die europäische Handlungsfähigkeit steigen“.

Interesse an EU-Themen ist hoch

Drei Viertel der Befragten in der Steiermark zeigen sich in der – vom Zukunftsfonds der Republik Österreich unterstützten – Umfrage der ÖGfE und der Europäischen Kommission an „Vorgängen und Ereignissen in der Europäischen Union und der europäischen Politik interessiert“, davon 21 Prozent „sehr“ und 54 Prozent „eher“. Ein Drittel der Befragten in der Steiermark gibt an, sich „auf jeden Fall“ an der im Mai 2021 gestarteten Debatte zur Zukunft der Europäischen Union beteiligen zu wollen und stimmt der Aussage zu, dass es „viel mehr Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern über die

Richtung Europas geben sollte“. 45 Prozent antworten, dass sie sich eine Beteiligung an der Zukunftsdebatte vorstellen könnten. Etwas mehr als ein Zehntel der Befragten (14 Prozent) ist hingegen skeptisch.

Für 59 Prozent der Steirerinnen und Steirer steht „eine gemeinsame EU-Asyl- und Migrationspolitik“ ganz oben auf der europäischen To-Do-Liste. Auch der „Klima- und Umweltschutz“ hat für sechs von zehn Befragten (59 Prozent) „hohe Priorität“. In ähnlich hohem Ausmaß sehen die Menschen „die Eindämmung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen“ als Thema, dem sich die EU verstärkt widmen soll: 58 Prozent sagen, es sollte „hohe Priorität“ haben. Aus Sicht von 57 Prozent der Menschen in der Steiermark gilt das auch für die Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich.

Für 44 Prozent der Befragten ist „die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene“ ein besonders großes Anliegen. Für 34 Prozent wäre es zudem sehr dringlich, „die Rolle der Regionen in der EU zu stärken“. 54 Prozent der Steirerinnen und Steirer sind der Meinung, dass es „mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene“ braucht, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. 34 Prozent vertreten hingegen die Ansicht, dass in Zukunft die „EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden“ sollten.

Wenn es um Entscheidungen hinsichtlich der persönlichen Zukunft geht, hat etwas mehr als die Hälfte der Steirerinnen und Steirer (48 Prozent) das größte Vertrauen in Entscheidungsträger auf regionaler Ebene (also in Landesregierung und Landtag), 18 Prozent geben in dieser Frage die nationale Ebene an (also Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat), 11 Prozent nennen die EU-Institutionen (Europäische Kommission, Europäisches Parlament, EU-Rat). „Dieses Ergebnis untermauert einmal mehr, wie wichtig es ist, vor Ort über Europa ins Gespräch zu kommen. Auch bei Initiativen auf nationaler und regionaler Ebene steckt fast immer zumindest ein Stück Europa drinnen. Wenn wir auf allen Ebenen an einem Strang ziehen, uns gemeinsam engagieren und gegenseitig unterstützen, haben wir die besten Chancen, die Herausforderungen der Zukunft zu unser aller Wohl zu meistern“, betont Schmidt.

Rückfragehinweis:

Mag. Paul Schmidt  
Generalsekretär  
[paul.schmidt@oegfe.at](mailto:paul.schmidt@oegfe.at)

Mag. Stefan Schaller  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
[stefan.schaller@oegfe.at](mailto:stefan.schaller@oegfe.at)

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) | Rotenhausgasse 6/8, 1090 Wien |  
Tel.: 01/533 49 99 | E-Mail: [europa@oegfe.at](mailto:europa@oegfe.at) | Web: [www.oegfe.at](http://www.oegfe.at)